bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 22 | 28. Oktober 2005

Rechte Szene 2

Turbulenzen
Innerhalb der NPD glimmen weiter Brandherde. Der Bremer Landesverband geht auf Konfrontationskurs zur Parteiführung.

Kadertruppe
Die Landtagskandidaten der NPD in Rheinland-Pfalz haben eine langjährige rechtsextreme Karriere vorzuweisen.

Strategie und Taktik
Militante Strukturen in Südostniedersachsen / NPD-Ideologe Molau baut Aktionsschwerpunkt aus.

Neonazis "geoutet"
Die Aktivisten des „Braunen Blocks“ agieren zwar öffentlich, wollen aber für ihre Namen und Gesichter Datenschutz reklamieren.

Ausgeprägter Hass
Neonazis in der Harz-Region sehen „geheimen Rückhalt“ in der Bevölkerung.

Internationale Kooperation
Schulhof-CDs werden in der Schweiz verteilt.

Ausland 7

Bauernopfer
Der Chef des Front National feuert den Generalsekretär – die rechtsextreme Partei verliert ihren letzten Bürgermeister.

Ende einer Flucht
Holocaust-Leugner Rudolf hinter Gittern.

Rezension 8

Irrungen und Wirrungen
Ein rechtsextremer Aussteiger packt aus.

Freiheit der Kunst
Ein nicht unumstrittener Band über die Protagonisten des Neofolk-Musikstils.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Todeszüge
Die deutsche Bahn stellt sich nur zögerlich ihrer Mitschuld an den Judendeportationen – die niederländische Eisenbahn erinnert mit Plakaten an ihre blutige Vergangenheit.

Meldungen 11

Rechte Szene

Turbulenzen

Innerhalb der NPD glimmen weiter Brandherde. Der Bremer Landesverband geht auf Konfrontationskurs zur Parteiführung.

Die NPD ist bemüht, die Brände unter dem Dach der Partei möglichst schnell zu löschen. Drei Wochen nach der Absetzung ihres baden-württembergischen Vorsitzenden Günter Deckert wählte ein Landesparteitag mit Jürgen Schützinger einen neuen Chef des Landesverbandes im Südwesten. Und eine Sitzung des saarländischen Schiedsgerichts endete mit einem „Freispruch" für den NPD-Multifunktionär Peter Marx. Doch noch glimmen einige Brandherde.

Beim Landesparteitag in Stuttgart stimmten 34 Delegierte für Schützinger, der bislang einer der Stellvertreter Deckerts und ganz wesentlich an dessen Absetzung beteiligt war. 17 Delegierte votierten für Stefan Wollenschläger, der zum Deckert-Flügel gerechnet wird. Deckert selbst, dem inzwischen auch die Mitgliedsrechte entzogen worden sind, erhielt als Gast des Parteitages für ein paar Minuten das Wort, um sich zu rechtfertigen. Das reichte freilich nicht, um die neuen Mehrheitsverhältnisse wieder umzukehren: „Ich hätte auch einer Mauer predigen können. Die Stimmung war bereits gekippt."

Erwartungsgemäß „freigesprochen" wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Marx vom Landesschiedsgericht der Partei im Saarland. Marx erklärte dem Gericht einem NPD-Bericht zufolge, er sei in keiner Form für den Verfassungsschutz tätig oder je tätig gewesen. Er habe weder Parteimitglieder angeworben, noch sei er selbst Agent. Den Kern der Vorwürfe, die das Völklinger NPD-Stadtratsmitglied Otfried Best erhoben hatte, trifft das freilich nicht. Best, dem inzwischen ebenfalls seine Mitgliedsrechte entzogen wurden, hielt an seiner Darstellung fest, Marx habe zwei Mitglieder des Saar-Landesvorstands „dazu aufgefordert, sich vom Verfassungsschutz anheuern zu lassen". Einer davon sei darauf eingegangen, habe Geld vom Verfassungsschutz bezogen und es mit Marx geteilt. Zeugen für diese Behauptung will Best erst vor einem ordentlichen Gericht benennen. Einen Namen freilich nannte er: Günter Deckert. Der konnte zwar zur Aufklärung des aktuellen Falles in einer Stellungnahme nichts beitragen, räumte aber ein, selbst Anfang der 90er Jahre zwei Parteifreunde zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz ermuntert zu haben – mit von Deckert selbst gelieferten Berichten. Die NPD habe die Hälfte des Honorars bekommen. Indirekt bestätigte Deckert damit auch eine Behauptung des NPD-Kritikers Jürgen Schwab, es sei bei der Partei „guter Brauch", dass Mitglieder zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz ermuntert würden und beim „Spitzelgeld" dann halbe-halbe gemacht werde.

Gegen den Bundesvorstand begehrt indessen der Landesverband Bremen auf. Er kritisierte in einer öffentlichen Stellungnahme den Entzug der Mitgliedsrechte von Deckert und Best: „Leider entsteht wieder einmal mehr der Eindruck, die Parteiführung wolle sich kritische Mitglieder durch derartige Ausschlüsse vom Hals halten." Die Partei habe „unverzüglich eine unabhängige Kommission einzuberufen, die die Vorwürfe gegen Marx klärt und den Fall Deckert untersucht". Auf ihrer Homepage brachte die NPD Bremen vor wenigen Tagen auch ein Forum unter, in dem munter über die Turbulenzen in der Partei diskutiert wird. Der Parteispitze in Berlin dürfte das wenig gefallen. Und offenbar schließt man auch bei der Bremer NPD nicht aus, dass der lange Arm des Bundesvorstands auch den kleinen Landesverband und seine Internetpräsenz erreichen könnte. Kaum anders ist es zu verstehen, wenn auf der Homepage geraten wird, den Link zum Forum gesondert zu speichern: „So könnt Ihr das Forum auch erreichen, wenn diese Seite nicht zur Verfügung steht (z.B. Wartungsarbeiten)." Damit nicht genug der Provokation: Am 23. Oktober teilte die NPD Bremen mit, dass sie mit Horst Mahler, Christian Worch und Günter Deckert gleich drei Kritiker des Bundesvorstands zu Veranstaltungen eingeladen habe.

Andernorts lodern neue Feuer auf: Der Berliner „Tagesspiegel" berichtete über den Verdacht, dass in den Rechenschaftsberichten der NPD für die Jahre 1999, 2000 und 2003 rund 150 000 Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung nicht korrekt ausgewiesen seien. Die Bundestagsverwaltung geht diesen Hinweisen derzeit nach. Der NPD droht eine Strafzahlung von 300 000 Euro.

Tomas Sager

Kadertruppe

Die Landtagskandidaten der NPD in Rheinland-Pfalz haben eine langjährige rechtsextreme Karriere vorzuweisen.

25 000 Plakate und über eine Million Wahlkampfzeitungen will der NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz verteilen, um bei der Landtagswahl am 26. März 2006 den Einzug ins Mainzer Parlament zu erzielen. Dabei wird die in Rheinland-Pfalz mitgliedermäßig schwachbrüstige NPD in allen 51 Landkreisen auf Direktkandidaturen verzichten und lediglich einen Zweitstimmenwahlkampf führen. Zielgruppe der NPD ist „die Jugend", die „vor allem durch nationale, politisch-aufgeladene Konzert-Veranstaltungen" erreicht werden soll, so der NPD-Landesvorsitzende Peter Marx am 16. Oktober auf der Mitgliederversammlung in Johanniskreuz bei Kaiserslautern.

Zum Spitzenkandidaten der 12-köpfigen NPD-Liste (einschließlich Ersatzbewerber) wurde der Multifunktionär Marx mit 45 von 47 möglichen Stimmen gekürt. Der einstige Jura-Student und Vorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) Marx, heute NPD-Bundesvize und NPD-Fraktionsgeschäftsführer im Sächsischen Landtag, war Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge in den achtziger Jahren ein entschiedener Gegner des Wahlbündnisses der NPD mit der DVU-Liste D. Im November 2001 sah es das Landgericht Darmstadt als erwiesen an, dass Marx 1997 Unterstützer-Unterschriften für die NPD im hessischen Kommunalwahlkampf unter dubiosen Umständen gesammelt hatte. Was folgte, war eine Geldstrafe wegen Wahltäuschung.

Den zweiten Platz belegt der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und Jura-Student Safet Babic. Babic greift seit November 1998 regelmäßig für das NPD-Bundesorgan „Deutsche Stimme" zur Feder; im gleichen Jahr trat er auch den Jungen Nationaldemokraten (JN) und dem NHB bei. Zwei Jahre zuvor, im Alter von 16 Jahren, schrieb Babic seinen ersten publizistischen Beitrag für die antisemitische Zeitschrift „Sleipnir" und wurde einige Monate später in den hessischen Landesvorstand der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) gewählt. Innerhalb der NPD propagiert der gebürtige Bosnier die „intellektuelle Aufrüstung" zur Schaffung des „nationalen Politikwechsels". Im Dezember 2003 erzielte Babic für die NPD-nahe „Freiheitlich Soziale Liste" (FSL) einen Sitz bei der Wahl zum Studentenparlament der Universität Trier. Zwischenzeitlich ist die FSL im Nichts verschwunden und Babic fungiert nun als stellvertretender Vorsitzender des weithin inaktiven NHB. Der bekennende „Befreiungsnationalist" wurde in der jüngsten Vergangenheit immer wieder als säumiges HNG-Mitglied in den „Nachrichten" der Neonazi-Knastorganisation HNG geoutet.

Den dritten Platz der NPD-Landtagskandidaten hat Rene Rodriguez Teufer vom neonationalsozialistischen „Aktionsbüro Rhein-Neckar" inne. Teufer war einst Kader der 1993 aufgelösten „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" und gern gesehener Teilnehmer bei Rudolf-Heß-Gedenkmärschen im In- und Ausland.

Sascha Wagner belegt Platz vier der NPD-Landesliste. Der ehemalige rheinland-pfälzische NPD-Landesgeschäftsführer ist unter anderem wegen Beleidigung und Volksverhetzung vorbestraft. Seit Anfang der 90er Jahre ist Wagner in nationaldemokratischen Zusammenhängen aktiv. Zuvor gehörte er der Hooliganszene im Umfeld des Fußball-Fanclubs Alemannia Aachen an. Geschätzt wird Wagner in rechtsextremen Kreisen als Organisator und Ausrichter von Konzerten.

Auf dem fünften Platz kandidiert der knasterfahrene Christian Hehl, ehemals Aktivist der verbotenen Skintruppe „Blood&Honour". Der wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestrafte Hehl, der beim sächsischen NPD-Landtagswahlkampf als Flugblattverteiler in Dresden eingesetzt war, ist seit dem Teenie-Alter in der Neonazi-Szene aktiv. Sein politisches Wirken reichte im Laufe der Jahre von FAP, ANK, „Nationalistische Front", „Deutsche Alternative", JN und der Hooligan-Gang „The Firm". 1999 wurde Hehl in den rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorstand gewählt, dem er zwischenzeitlich nicht mehr angehört.

Nominiert als Landtags-Kandidatin wurde auch die in Szene-Kreisen unbekannte Dörthe Armstroff von der DVU. Von dem DVU-Landesverband gehen seit Jahren kaum nennenswerte Aktivitäten aus.

Anton Maegerle

Strategie und Taktik

Militante Strukturen in Südostniedersachsen / NPD-Ideologe Molau baut Aktionsschwerpunkt aus.

Der bedrohlichste Heß-Aufmarsch seit Jahren fand in diesem Jahr im südöstlichen Niedersachsen statt. Spontan, fast ohne Polizei, marschierten etwa 600 Neonazis eine Stunde lang durch die Fußgängerzone von Peine. Dass die Wahl auf Peine fiel, ist kein Zufall. Im Großraum zwischen Helmstedt, Hildesheim, Göttingen und Hannover gedeihen neonazistische Strukturen. Dabei greifen die überwiegend jungen Aktivisten durchaus auf alte Netzwerke wie das der 1995 verbotenen FAP zurück. So wird die Kameradschaftsszene im Raum Hildesheim und Göttingen vom ehemaligen FAPler Dieter Riefling unterstützt, der mit seinem „Bündnis für Zivilcourage“ bereits einen Ableger in Celle gründen konnte. Dort versucht sich zur Zeit auch der „Kampfbund deutscher Sozialisten“ von Thomas Brehl mit einzelnen Aktivisten festzusetzen. Die „Kameradschaft Braunschweig“ wird vom vorbestraften NPD-Bundestagskandidaten Michael Weinberg, genannt „Schnecko“, und von dem als gewaltbereit geltenden ehemaligen Chef der „Stormfront BS“, Daniel Gerecke, angeführt. Sie beteiligten sich im Juni 2005 an einer Demonstration in der Braunschweiger Innenstadt, bei der auch NPD-Stratege Andreas Molau aus Wolfenbüttel mitmarschierte.

In Gifhorn wurden vor einigen Jahren die Betreiber des rechtsradikalen „Radio Wolfsschanze“ enttarnt und verurteilt. Inzwischen bauen sich starke neue Strukturen unter dem Namen „Widerstand Gifhorn“ auf, die unter anderem von dem mehrfach verurteilten Waffenfreak Sascha Hildebrandt koordiniert werden sollen. Nach Insiderangaben verfügt der über internationale Kontakte wie zum „KuKluxKlan“ und zur NSDAP/AO. Auch aus Peine stammen die Mitglieder von „Donnerhall“, einer der aktivsten Rechtsrock-Bands. Sie spielten 2005 unter anderem in Braunschweig, Celle und Mitte Oktober in Hamburg-Rothenburgsort. Zu Kameraden in Bad Harzburg und Werningerode werden enge Kontakte gepflegt. Experten der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt“ in Braunschweig stufen besonders die „Kameradschaft Salzgitter“ als sehr aktiv ein. Ihren Anhängern standen monatelang eigene Räumlichkeiten zur Verfügung, in denen Treffen und Rechtsrock-Konzerte stattfanden. Neonazis aus Salzgitter führen Kameradschafts- und NPD-Treffen durch.

In Salzgitter baut auch Andreas Molau seinen Aktionsschwerpunkt aus. Als schulpolitischer Berater der NPD im sächsischen Landtag und stellvertretender Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ in Riesa hatte der ehemalige Waldorf-Pädagoge Anfang 2005 einen parteipolitischen Schnellstart hingelegt. Aber im Juni demonstrierte er wieder mit regionalen Kameraden in Braunschweig. Der 37-Jährige hatte seine Familie im Schlepptau und schrie seinen Zorn gegen die Stadt heraus, in der ihm eine Weiterbeschäftigung als Pädagoge verweigert worden war. Aus Solidarität zu Molau waren bereits Monate zuvor Neonazis vor die Waldorf-Schule gezogen und hatten Flugblätter an „deutsche Schüler“ verteilt. Im Bundestagswahlkampf versuchte der NPD-Stratege Volksnähe in seinem Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel zu propagieren. Von radikalen Kameraden hielt Molau Abstand. Auf die Frage eines Bürgers, ob ein Anschlag auf die Wolfenbütteler Moschee 2004 Molaus Vorstellung von „Integrationspolitik“ entspräche, verurteilte der solche Aktionen halbherzig: „Die NPD wird niemals Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung propagieren oder auch nur fördern.“ Seine Abneigung gegen die Flüchtlingspolitik verklausulierte Molau vorsichtig: „Multikulti wird zu Bürgerkriegen führen.“

In enger Zusammenarbeit mit dem „Nationalen Forum Sachsen“ der NPD führte Molau inzwischen einen „Stammtisch im Netz“ für die „Probleme vor Ort“ ein. Der Publizist stellt sich auf eine längere Phase lokalpolitischer Arbeit ein, bis hin zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen 2006. So will er die Braunschweiger Brauerei „Feldschlösschen“ retten und prangert die Stadt Goslar an, nicht leichtfertig mit ihrem Weltkulturerbe umzugehen. Ganz nebenbei macht Molau Werbung für die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), in der er Vorstandspflichten wahrnimmt. Neben „Mäxchen Treuherz“ dem „Rechtsratgeber“ von Gisa Pahl aus Hamburg bewirbt die neu gestaltete GfP-Seite auch das Jugendzeitungsprojekt „in:vers“ aus „Mitteldeutschland“. Molaus Verein hat dafür 150 Euro gespendet.

Andrea Röpke

Neonazis "geoutet"

Die Aktivisten des „Braunen Blocks" agieren zwar öffentlich, wollen aber für ihre Namen und Gesichter Datenschutz reklamieren.

„Aufhören, aufhören!" Eine Dame, die nur ihre Einkäufe nach Hause bringen wollte, überschrie die Rede des Lüneburger NPD-Funktionärs Hans-Gerd Wiechmann (56). Andere Passanten kommentierten den Aufmarsch von knapp 100 Neonazis, den ein Großaufgebot der Polizei am 22. Oktober durch Hamburg-Harburg führte, mit ausgestrecktem Zeigefinger. „Antifaschisten, Terroristen" skandierten „Freie Nationalisten" und NPD-Mitglieder, die aus dem ganzen Elbe-Weser-Raum angereist waren. Sie wollen nicht aufhören, „bis Hamburg eine national befreite Zone ist".

Woche für Woche fordern Neonazis irgendwo in Deutschland öffentlichen Raum. Sobald sich mehr Menschen finden, die ihnen entgegentreten wollen, werden ihnen Marktplätze und Straßen frei geräumt. Diese Meinungsfreiheit für Volksverhetzung genügt ihnen nicht. Sie beklagen die vermeintliche Einschränkung ihrer politischen Rechte, weil der Widerspruch nicht schweigen will. Sie geben vor, „demokratisch Politik" zu machen. Behandelt man sie dementsprechend, schreien sie „Verleumdung", „üble Nachrede", „roter Terror". Genießen Neonazis ein Sonderrecht für öffentliche Auftritte mit Anspruch auf Geheimhaltung? Dürfen sie auf der Straße anonym bleiben?

Zum sechsten Mal fand die Truppe um Alexander Hohensee und Frank Försterling, beide 19, in diesem Jahr ein Forum im Hamburger Süden. Anders als die Ungezählten, die nur ihre Wohnungen mit Hakenkreuzflaggen dekorieren oder Rechtsrock lauschen, geht der „Braune Block", wie sie ihre Homepage nennen, bewusst auf die Straße. Trotzdem reklamieren sie Datenschutz für Namen und Gesichter. Die paar Journalisten, von denen sie kontinuierlich beobachtet werden, gelten als „Drahtzieher" und „Hetzer".

Der jüngste Harburger Aufmarsch war die Erwiderung auf eine „Outing"-Kampagne verschiedener Antifa-Gruppen, die in einer Demonstration mit 300 Teilnehmern gipfelte. Daten über die Aktivitäten einiger Anführer waren gesammelt und seit Ende September in einer Broschüre und Flugblättern verbreitet worden. Die Verteilung eines Handzettels mit Informationen, die im Internet abrufbar sind, verbot die Polizei. Informationen wie die nicht sonderlich private, dass der erklärte Himmler-Verehrer und „Nationalsozialist" Alexander Hohensee seit einem Jahr regelmäßig bundesweit Kundgebungen abhält, in Lübeck wie Leipzig. Unter dem Schutz der Meinungsfreiheit wünschte Hohensee am 12. März dieses Jahres in Dessau seinen Gegnern, dass sie ebenso „gegrillt werden im Feuersturm" wie einst die Bombenopfer. Gegen diejenigen, die am 14. Oktober vor seiner Wohnung „Kein Raum den Nazis" riefen, ermittelt der Staatsschutz.

Hohensee wollte nicht fotografiert werden, als er im Mai 2004 einen Aufmarsch im niedersächsischen Himmelpforten anführte. Die Polizei pflichtete ihm bei und griff nach der Kamera eines Journalisten. Dass dieser unterdessen von einem vermummten NPD-Funktionär abgelichtet wurde, ging für die Sicherheitskräfte in Ordnung. Im Dezember 2004 fuhr eben jener NPD-Funktionär einen Journalisten mit dem Auto an, als der eine Flugblatt-Aktion vor einer Schule bei Verden/Aller beobachtete. Für die Ermittlungsbehörden stellt es sich nicht als Attacke auf die Pressefreiheit dar, sondern wird als Angriff auf einen politischen Gegner gewertet. Der Prozess steht demnächst an.

Heute ist Hohensee mit Fotos nicht mehr heikel. Eine gewöhnliche demokratische Kontrolle seiner inzwischen fast zwei Jahre währenden Auftritte als „Volkstribun" schimpft er weiterhin „Terror". Wie intim dürfen publizierte Informationen über Neonazis sein, ohne Pranger zu werden? „Todesstrafe für Kinderschänder" forderten Hohensee und seine „Kameraden" unter Polizeischutz im Juni und Juli in Hamburg, am 24. September in Brunsbüttel und am 8. Oktober bei Neumünster. Ist es nur von privatem Belang, wenn hinter dem Transparent „Vorsicht Pädophiler" ein Aktivist vom „Widerstand Harburg" mitmarschiert ist, gegen den wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs von Kindern ermittelt wird?

Uwe Ruprecht

Ausgeprägter Hass

Neonazis in der Harz-Region sehen „geheimen Rückhalt" in der Bevölkerung.

Die Harz-Region hat sich zu einer Neonazihochburg entwickelt. Dieser alarmierende Befund kommt von der Polizei und dem Verfassungsschutz des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Der Staatsschutz will jetzt zusätzliche Beamte für die Beobachtung der rechten Szene einsetzen. Im Blickpunkt des Interesses steht die „Wernigeröder Aktionsfront“, die aus cirka 30 Rechtsextremisten besteht. Nach Angaben von Behörden zeichnen sich die Mitglieder dieser Gruppierung durch besondere Gewaltbereitschaft und einen ausgeprägten Hass auf Andersdenkende aus. Die Aktionsfront zählt sich zum Spektrum der Freien Kameradschaften, soll allerdings immer wieder die Zusammenarbeit mit der NPD und den Jungen Nationaldemokraten gesucht haben.

Dass sich die Rechtsextremen in der Region auf eine gewisse Basis stützen können, zeigte sich am 14. Oktober. Die Wernigeröder Aktionsfront konnte rund 230 Teilnehmer zu einer Demonstration unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit. Gegen roten Terror und Denkverbote“ mobilisieren, darunter auch Wernigeröder Bürger. „Der noch ‘geheime’ Rückhalt in der Bevölkerung gibt uns natürlich Auftrieb und die Gewissheit, das wir auf dem richtigen Weg sind“, heißt es zweckoptimistisch im „Nationalen Beobachter Wernigerode“.

Vor allem zwei Aktionen in der Region haben bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Am 10. September 2005 werden auf dem Anger-Parkplatz in Wernigerode mehrere nichtrechte Jugendliche mit Zaunlatten, Baseballschlägern und Schlagringen angegriffen, zwei von ihnen müssen im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei ermittelte in der Folge fünf Täter aus dem Umfeld der Wernigeröder Aktionsfront. Am 28. August 2005 nachts wird in Quedlinburg ein 16-jähriger Punk von drei offensichtlich Rechten überfallen. Die Täter schlagen ihn immer wieder gegen den Kopf – so lange, bis ihr Opfer das Bewusstsein verliert. Heike Kleffner von der Mobilen Opferberatung geht von einer hohen Dunkelziffer nicht registrierter rechter Angriffe in der Region aus.

Peter Nowak

Internationale Kooperation

Schulhof-CDs werden in der Schweiz verteilt.

Auch Schweizer Neonazis sorgen mit der Verteilung von so genannten „Schulhof-CDs“ für Schlagzeilen. Im Kanton Aargau wurde an mehreren Schulen neben der neonazistischen CD „Anpassung ist Feigheit“ (Aktion Schulhof) und der „Project Schoolyard“-CD des Neonazi-Labels Panzerfaust Records auch die aktuelle NPD-Wahlkampf-CD von Mitgliedern der Gruppe „Bund Oberland“, einer Organisation aus dem „Blood&Honour“-Netzwerk, kostenlos verteilt. Lieferungen der NPD-CDs in die Schweiz sollen von NPD-Bundesvorständler Frank Schwerdt Presseberichten zufolge bestätigt worden sein..

Szenekenner überrascht die Aktion im Aargau nur bedingt. Schon zuvor sorgte der Kanton mit Neonazi-Aufmärschen, Skinhead-Konzerten und dem Wahlerfolg der Partei national-orientierter Schweizer (PNOS), ebenfalls ein B&H-Produkt, für die rechten Schlagzeilen. Anstehende Verteilaktionen mit Neonazi-CDs waren spätestens seit der Beschlagnahme eines Paketes „Project Schoolyard“-CDs im Frühjahr dieses Jahres auch in der Schweiz absehbar. Der „Bund Oberland“ bietet auf seiner Website, über der das SA-Abzeichen thront, die kostenlose Zusendung der braunen Silberlinge an und und brüstet sich damit, „über 500 Exemplare der deutschen sowie der englischen CD“ vertrieben zu haben. Neben den Propaganda-CDs bietet die „völkische Alternative“, so der Untertitel der Seite, Links zu Websites wie „Radio Islam“ des Antisemiten Ahmed Rami oder zur „VHO“ des Holocaust-Leugners Germar Rudolf – für diesen sammelte der „Bund“ nach eigenen Angaben im September einen dreistelligen Betrag.

Die „Bund Oberland“-Domain ist registriert auf einen „Randy Johnson“ in Las Vegas. Gehostet wird die Website über einen amerikanischen Server, über den knapp zehn weitere neonazistische Websites aus dem Blood&Honour-Spektrum erreichbar sind. Neben der amerikanischen und der internationalen „Blood&Honour“-Site ist dies das „Combat18“-Forum mit umfangreichem deutschsprachigen Bereich oder auch die Seite der deutschen B&H-Band „Oidoxie“.

Rudolf Kleinschmidt

Ausland

Bauernopfer

Der Chef des Front National feuert den Generalsekretär – die rechtsextreme Partei verliert ihren letzten Bürgermeister.

Das „Opfer“ hatte seit zwei Wochen mit dem Kommenden gerechnet: Am 11. Oktober hat Jean-Marie Le Pen den Generalsekretär seiner rechtsextremen Partei Front National (FN), Carl Lang, fristlos von dem Posten abberufen. Damit dürfte Carl Lang den Preis dafür bezahlen, dass er sich als „Nummer Drei“ der Partei – zusammen mit der „Nummer Zwei“, dem Generalbeauftragten (délégué général) Bruno Gollnisch – dem mehr und mehr als Alleinherrscher über die Geschicke des FN waltenden Parteichef Le Pen widersetzt hat.

Am 9. September hatte Jean-Marie Le Pen das „Exekutivbüro“, die oberste Führungsinstanz der Partei, über eine „Vertrauenserklärung“ für seine Person abstimmen lassen. Allen Beteiligten war dabei klar, dass Le Pen die Vertrauensfrage im Hinblick auf sein Vorhaben stellte, dem Bürgermeister von Orange und jetzigen Le Pen-Widersacher, Jacques Bompard, sämtliche Parteiämter zu entziehen. Sechs Monate zuvor war Le Pen mit einem Ausschlussantrag gegen Bompard gescheitert. Bei der „Vertrauens“abstimmung im September stimmten aber sowohl Carl Lang als auch Gollnisch erstmals gegen den seit der Parteigründung im Jahre 1972 amtierenden Vorsitzenden Jean Marie Le Pen. Da Bruno Gollnisch, den Le Pen selbst als seinen möglichen Nachfolger bezeichnet hat, deswegen „unantastbar“ erscheint, musste nunmehr Carl Lang für das unbotmäßige Verhalten bezahlen. Sein Nachfolger wird der 36-jährige Louis Aliot, ein Vertrauensmann der Le Pen-Tochter Marine.

Der aus sämtlichen Parteiämtern geschasste Jacques Bompard hat unterdessen auch seine Mitgliedschaft beim Front National aufgegeben. Die Partei verliert damit ihren letzten Bürgermeister (von ehemals vier Stadtoberhäuptern) in einer Kommune von mehr als 10 000 Einwohnern.

Bernhard Schmid

Ende einer Flucht

Holocaust-Leugner Rudolf hinter Gittern.

Dem deutsche Justizflüchtling Germar Rudolf droht Ungemach. Der Holocaust-Leugner wurde bei einem Besuch im Büro der amerikanischen Einwanderungsbehörde verhaftet und hält sich derzeit in einem Gefängnis unweit von Chicago auf. Rudolf wird vorgeworfen, eine gerichtliche Vorladung wegen seiner Aufenthaltserlaubnis ignoriert zu haben. Allerdings reagieren die US-Behörden damit auch auf das kürzlich erneuerte Auslieferungsersuchen der deutschen Regierung. 1996 hatte sich der in Limburg an der Lahn geborene Revisionist einer 14-monatigen Haftstrafe wegen Volksverhetzung durch die Flucht ins Ausland entzogen. Über Spanien und England kam Rudolf schließlich in die USA, wo er 2003 erstmals politisches Asyl beantragte. Im September 2004 heiratete er eine Amerikanerin. Dennoch wurde sein Asylantrag kurze Zeit später endgültig abgelehnt.

Germar Rudolf hat unter verschiedenen Pseudonymen eine Vielzahl von geschichtsrevisionistischen Artikeln veröffentlicht. Über seinen Ein-Mann-Verlag Castle Hill Publishers gibt er pseudowissenschaftliche Literatur wie die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) oder das englischsprachige Magazin „The Revisionist“ (zusammen mit Jürgen Graf) heraus, in denen der Holocaust geleugnet oder heruntergespielt wird. Daneben betreut der Diplom-Chemiker auch die Webseiten rechtsextremer Organisationen wie der belgischen Stiftung „Vrij Historisch Onderzoek“ (VHO). Zu seinen engsten Kontakten im angloamerikanischen Sprachraum zählen beziehungsweise zählten Fredrick Toben, Arthur Butz oder der im April verstorbene Robert Countess.

In einem im Internet kursierenden Brief an Ingrid Rimland-Zündel ereifert sich Rudolfs Ehefrau über die „empörende und illegale“ Vorgehensweise der US-Behörden. Ihrem Mann, so heißt es in dem Unterstützungsaufruf, drohe nun das gleiche Schicksal wie dem im März dieses Jahres von Kanada in den „deutschen Kerker“ abgeschobenen Ernst Zündel. Allerdings, so werden besorgte Unterstützer an anderer Stelle beruhigt, habe Rudolf Vorkehrungen für die Fortsetzung seiner Arbeit getroffen.

Michael Funk

Rezension

Irrungen und Wirrungen

Ein rechtsextremer Aussteiger packt aus.

Aussteigerbücher hinterlassen häufig beim fachkundigen Publikum ein Unbehagen. Allzu oft bleiben sie an der Oberfläche – was die Beschreibung der extrem rechten Szene anbelangt, in der sich der Autor ja mehr oder weniger prominent getummelt hat, aber auch was die Biographie des Autors und speziell deren Bruchstellen angeht. Jan Zobels „Volk am Rand" macht keine Ausnahme. Knapp vier Jahre war Zobel bei den Jungen Nationaldemokraten aktiv, danach arbeitete er vier Jahre in der Rechtsrock-Branche. Da könnte einer viel und präzise erzählen, ließe sich vermuten.

Doch Zobel erzählt präzise nur, wenn es um seinen Einstieg in die Szene mit gerade einmal 17 Jahren geht. Die Republikaner sind ihm zu öde. Ganz anders die NPD. Günter Deckert, „unsere Wutbombe aus Weinheim", wie ihn der Landeschef Ulrich Harder laut Zobel tituliert, spricht bei einer ihrer Veranstaltungen. Zobel ist begeistert – wegen Deckerts Auftritt, aber wohl mehr noch wegen der Aufmerksamkeit, die Harder dem jungen Mann entgegenbringt.

Dem Eintritt in die NPD folgen die Kontakte zur harten NS-Szene. Thies Christophersen wird für Zobel so etwas wie sein Großvater. Doch irgendwann ermüden ihn die von Christophersen erzählten „ewig gleichen Kriegsabenteuer". Gemeinsam mit dem früheren Hamburger FAP-Vorsitzenden Andre Goertz entwickelt Zobel das Konzept des „progressiven Nationalismus", im Buch wahlweise auch „moderner", „fortschrittlicher", „liberaler" oder „demokratischer" Nationalismus genannt. „Mit Hitler, Auschwitz und Skins haben wir nichts am Hut", schreibt Zobel, „wir sehen uns als liberale Nationalisten." Zu ihrem Konzept, die „nationale Bewegung aus der Schmuddelecke" zu holen, gehören „flotte Sprüche, ungewohntes Auftreten, neues Layout. Weg von Nazi-Runen und Hitler-Kult, hin zu Jugendsprache und Volksthemen". Leider bleibt es auch im Rückblick bei einer so schlagwortartigen Beschreibung.

Zobel bringt es zum JN-Landesvorsitzenden in Hamburg und zum Chefredakteur des JN-Organs „Einheit und Kampf". Doch letztlich scheitern Zobel und Goertz in der NPD mit ihrem Konzept, das sich gegen die NS-Nostalgiker richtet. Ihr Abgang aus der Partei ist die Folge. Gleichwohl nimmt Zobel für sich in Anspruch, dass genau ihre Überlegungen später ins Drei-Säulen-Konzept der NPD einfließen: „Eigentlich sind sie unsere Erfindung."

Für Leser, die in den 90er Jahren die Diskussionen der extremen Rechten verfolgt haben, bietet dieser erste Teil des Buches keine Neuigkeiten – abgesehen von anekdotenhaften Beschreibungen. Zum Beispiel, wie es Zobel als Wehrpflichtigem gelang, von seiner Stube aus einen „schwunghaften Handel" mit Rechtsrock-CDs aufzuziehen oder wie man sich den Frühsport mit Holger Apfel vorzustellen hat.

Noch weniger erfährt man über seine Tätigkeit für den Düsseldorfer Rechtsrock-Unternehmer Torsten Lemmer, obwohl sie nach Zobels Abgang aus JN und NPD noch einmal vier Jahre währte. Stattdessen gibt es Beschreibungen der NPD in Sachsen, die aber für die aufmerksamen Zeitungsleser nichts Neues bieten. Dem im Untertitel des Buches formulierten Anspruch, die „NPD: Personen, Politik und Perspektiven der Antidemokraten" zu behandeln, wird der Band so nicht gerecht.

Vollends ärgerlich wird das Buch, wenn Zobel politische oder historische Bewertungen anstellt. Wenn ihm beispielsweise einfällt, dass es der radikalen Heilsbringer nicht bedarf, „um den Antisemitismus zu schüren. Das besorgt schon der Staat Israel mit seiner harten Politik gegenüber den Palästinensern". Oder wenn er feststellt, Tel Aviv habe bei der Annahme von so genannten Wiedergutmachungszahlungen „geflissentlich" ignoriert, dass an der D-Mark auch jüdisches Blut geklebt habe. Oder wenn er schreibt: „Das Dritte Reich erledigte, was die Weimarer Republik nicht vermocht hatte – das antiquierte Kaiserreich endgültig zu zertrümmern und den deutschen Staat ins 20. Jahrhundert zu führen."

Tomas Sager

Jan Zobel, Vollk am Rand – NPD: Personen, Politik, Perspektiven der Antidemokraten. edition ost Verlag, Berlin, 2005, 176 S., 9,90 EUR

Freiheit der Kunst

Ein nicht unumstrittener Band über die Protagonisten des Neofolk-Musikstils.

Mitte bis Ende der 1990er Jahre sorgten Berichte für Aufsehen, die sich faschistoiden Inhalten im Musikstil Neofolk widmeten. Die Band „Death In June“ hat etwa eine Faible für die SA, nutzt als Bandlogo den SS-Totenkopf und tritt in an SS-Uniformen erinnernden Militärschick auf. Andere Musiker verwenden Runen oder die „Schwarze Sonne“, das Bodenmosaik in der früheren SS-Ordensburg Wewelsburg. Für die konservativen bis faschistischen Vordenker Ernst Jünger und Julius Evola, aber auch für den rumänischen Faschistenführer Corneliu Zelea Codreanu erschienen Tribut-Sampler. Ein Neonazi wollte und will indes niemand aus diesem Spektrum sein, die Freiheit der Kunst wird hingegen betont.

Mit dem Buch „Looking for Europe“ hat das Autorenduo Andreas Diesel und Dieter Gerten versucht, Licht in jenes Dunkel des auch als Apokalyptic Folk bekannten Genres zu bringen. Die Musik umschreibt die Szene selbst mit Begriffen wie „esoterischer Untergrund“, „okkulturelle Musik“, „urwüchsige Klänge“ oder „naturbezogener Folk“. Inhaltlich geht es um Heidentum, Antikapitalismus und -modernismus, Sozialdarwinismus, „nordische“ Mythologie, Soldatentum, Untergangsstimmung und Eurozentrismus. Der Journalist Andreas Speit hat im Jahr 2002 als Herausgeber des Buches „Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien“ jene Szene kritisch betrachtet.

Anders die Autoren Diesel und Gerten, die aus dem Szene-Umfeld kommen und deren Buch, das seit Ende Oktober erhältlich ist, sich fast wie eine über 500 Seiten lange Gegendarstellung an die Kritiker liest. Und dennoch: wer sich mit jenen Zirkeln beschäftigen will oder muss, dem liegt nun erstmals ein Nachschlagewerk mit Bildmaterial, Personenregister und einem Lexika-ähnlichem Teil zu den Musikern, Bands und Projekten vor. Das letzte Drittel des Buches widmet sich überdies der Diskussion um die „Verherrlichung“ (Kritiker) oder aber das „Aufdecken“ mit künstlerischen Mitteln (Musiker) der Gräuel und Mechanismen NS-Deutschlands. Und auch wenn Diesel und Gerten sich bemühen, jenen zuweilen rational nicht greifbaren Mix aus Esoterik und Verschwörungstheorien strukturiert darzustellen – die Vorwürfe der Kritiker werden leider oft nur angerissen. Hier bleiben die Autoren, auch wenn sie hie und da selbst Kritik an einigen Protagonisten des Neofolk äußern, zu vage.

Die Neofolk-Zirkel sehen sich als eine Art Elite, die sich mit spirituellen und umstrittenen Themen beschäftigen dürfe und „natürlich“ etwas gegen Rechtsextremisten und pöbelhafte Stiefelnazis habe. Diese Nähe zur Konservativen Revolution respektive den Frei- und Querdenkern der Neuen Rechten scheint Diesel und Gerten nicht sonderlich zu stören. Auch der derzeitige Herausgeber der Musik- und Kulturzeitschrift „Zinnober“, Dominik Tischleder, sieht keine Probleme darin, dass Autoren des Rechtsblattes „Junge Freiheit“ für ihn schreiben. Tischleder ängstigt viel mehr ein „Verwischen (...) der Grenzen“ zwischen „diesem tölpelhaften braunen Bereich“, nämlich dem Publikum des rechtsextremen Liedermachers Frank Rennicke, und den hehren Zirkeln des Neofolks.

Die beiden Autoren von „Looking for Europe“ zitieren den Kopf der US-Band „Blood Axis“, Michael Moynihan bezüglich der Nutzung von Hakenkreuzen: „Ich weiß nicht, ob es wirklich möglich ist, es gänzlich zu 'rehabilitieren', da es wegen der Ereignisse der Dreißiger und Vierziger nun ein so schweres Stigma trägt. (...) Das Hakenkreuz existiert seit vielen, vielen tausend Jahren und hatte immer Konnotationen der Heiligkeit, des Glücks und positiver Kräfte. Eine zwölfjährige Verbindung mit dem Dritten Reich löscht den Rest seiner Geschichte nicht aus, und ich weigere mich, Leuten zu glauben, die behaupten, dies sei der Fall.“ Moynihan hat, getreu seinem Motto vom Frei- und Querdenken, in seinem Verlag übrigens auch den Ariosophen Karl Maria Wiligut verlegt, damit andere „aus erster Hand (...) erfahren“ können, was der Antisemit damals so mitzuteilen hatte.

Michael Klarmann

Andreas Diesel/Dieter Gerten, Looking for Europe – Neofolk und Hintergründe. Prophecy Productions Verlag, Zeltlilngen-Rachtig, 2005, 540 S., 24,95 EUR

Demnächst gibt es dazu noch eine 4-CD-Box mit den Bands der Szene, auch den umstrittensten.

Blick in die Zeitgeschichte

Todeszüge

Die deutsche Bahn stellt sich nur zögerlich ihrer Mitschuld an den Judendeportationen – die niederländische Eisenbahn erinnert mit Plakaten an ihre blutige Vergangenheit.

Das Jahr 1985 war für die deutsche Bundesbahn Anlass zum Feiern. „150 Jahre Deutsche Eisenbahn" hieß der Prachtband, der damals in der „Eisenbahn-Lehrbuch Verlagsgesellschaft in München erschien – im Auftrag der Bundesbahn, versteht sich. Auf fast 250 eng bedruckten Seiten mit vielen prächtigen Foto wurde die Erfolgsgeschichte des Unternehmens gepriesen – von der „frühen Entwicklung in Deutschland" bis zur „Jubiliäums-Ausstellung". Zwei Kapitel in dem dicken Buch schildern die Rolle der Reichsbahn während der NS-Zeit – freilich recht eigenwillig. Hoch gelobt werden die Leistungen beim Bau des Westwalls und den Massentransporten von Soldaten und Kriegsmaterial. Vergessen oder unterdrückt werden die „Sonderzüge nach Auschwitz" und die Reise „Mit der Reichsbahn in den Tod", wie zwei Bücher heißen, die zeigen, dass ohne die Reichsbahn die Massenmorde in den Vernichtungslagern gar nicht möglich gewesen wären. Dieser Aspekt stolzen Rückblicks wurde schlicht unterschlagen, obwohl beide Bücher im „Literaturverzeichnis" genannt werden. Die Bundesbahn setzte damals ihre Tradition fort, die sie seit ihrer Gründung gepflegt hat und die sich in nichts vom Verhalten fast aller deutschen Behörden und Einrichtungen unterscheidet: Schwamm drüber!

Ein Blick über unsere Grenzen im Westen zeigt freilich, dass es auch anders geht. Wer in diesen Tagen mit der Bahn in die Niederlande reist, dem werden in den Bahnhöfen große Plakate mit dem Text „früher fuhr hier der Zug nach Auschwitz. Wann wird die Welt weiser?" auffallen. Die „Nederlandse Spoorwegen", also die Niederländischen Eisenbahnen haben sie aufgehängt. Sie erinnern damit an ihre eigene blutige Vergangenheit und und warnen vor neuem Antisemitismus. Allerdings nicht ganz freiwillig. Der Vorschlag kam vom „Centraal Jods Overleg" (CJO), dem niederländischen Zentralrat der Juden, den die Bahn allerdings sofort aufgriff und mit den Plakaten umsetzte. Es ist das erste Mal, dass die holländische Bahn sich ihrer eigenen Vergangenheit stellt, ohne durch einen Jahrestag dazu gedrängt zu werden. Sie will allerdings nicht, wie der Direktor der holländischen Bahnen, Aad Veenmann, sagte, einen weiteren Beitrag zur leeren „Entschuldigungskultur" leisten. „Darum biete ich hier der jüdischen Gemeinschaft und den anderen betroffenen Gruppen meine aufrichtige Entschuldigung an". Denn auch in den Niederlanden wie in allen von Deutschen okkupierten Staaten stellten die Bahnen ihre Waggons und Lokomotiven für die Deportationen zur Verfügung – mal unter Druck, mal freiwillig und immer gegen Bezahlung.

In der Bundesrepublik verlief die Begegnung der Bahn mit der eigenen Schuld anders, nämlich störrisch und unter erheblichem Druck einiger Medien. Im April 1973 hatte in Düsseldorf das Strafverfahren gegen den ehemaligen Staatssekretär im NS-Verkehrsministerium, Albert Ganzenmüller, begonnen. Der hatte in Abstimmung mit Himmlers persönlichem Adjudanten SS-General Karl Wolff dafür gesorgt, dass immer genug Züge für die Deportationen bereit standen. Dem war Oberstaatsanwalt Alfred Spieß auf die Spur gekommen, der nicht locker ließ, bis Ganzenmüller auf der Anklage bank saß. Der Beschuldigte wurde zwar bald für verhandlungsunfähig erklärt. Bis dahin waren aber die wichtigsten Punkte der Anklage durch den historischen Sachverständigen Professor Wolfgang Scheffler bestätigt worden. Die Mitschuld der Bahn am Tod von mindestens einer Million Juden war erwiesen.

Anfragen bei der Bahnhauptverwaltung in Frankfurt am Main, ob diesem Kapitel im Museum der Bundesbahn in Nürnberg eine Abteilung oder ein Raum gewidmet werden könne, blieben zunächst unbeantwortet. Erst nach weiteren auch öffentlichen Fragen bequemte man sich zu der Antwort, man könne ja mal darüber sprechen. Voraussetzung sei aber, dass alles zutreffe, was in dem Buch „Mit der „Reichsbahn in den Tod" behauptet werde. Alfred Spieß stimmte dem zu, bestätigte die Vorwürfe und erst seitdem gibt es im Nürnberger Bahnmuseum einige Exponate zu diesem Thema. Späte Einsicht.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

"Deutschlandpakt" wackelt

Bremen – Die Bremer NPD stellt offenbar den zwischen den Parteispitzen von NPD und DVU vereinbarten „Deutschland-Pakt“ in Frage. Nachdem es der Bremer NPD gelungen sei, bei der Bundestagswahl ihr Wahlergebnis zu vervierfachen, sehe der Landesvorsitzende Horst Görmann gute Chancen, bei einem Wahlantritt zur Bürgerschaftswahl im Frühjahr 2007 in das Parlament einzuziehen, heißt es in einer Mitteilung der Partei. „Es wird Zeit, dass endlich wieder eine nationale Partei in das bremische Länderparlament einzieht!“ Die NPD Bremer bereite sich darauf vor. In ihrem „Deutschland-Pakt“ hatten NPD und DVU allerdings festgeschrieben, dass bei der nächsten Bürgerschaftswahl die Deutsche Volksunion antritt und die NPD auf eine Kandidatur verzichtet. Mit Siegfried Tittmann verfügt die DVU seit 1999 über ein Bürgerschaftsmandat, auch 1987 und 1991 hatte die Frey-Partei den Einzug in das Bremer Landesparlament geschafft. In Bremerhaven ist sie sogar in Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. (ts)

Kindergeld für Deutsche

Schwäbisch Hall – Am 26. November wollen Neonazis in der baden-württembergischen Stadt Schwäbisch Hall aufmarschieren. Der braune Aufmarsch soll unter programmatischen Parolen stehen wie: „500,- EUR Kindergeld für jedes deutsche Kind! Kein deutsches Kindergeld für Türken! Nur der eigene Nachwuchs sichert die Sozialsysteme und Rentenkassen!“. Organisiert wird die Demonstration von der „Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland“. Hinter der „Bürgerinitiative“ steckt eine bis Mitte 2004 unter dem Namen „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) aufgetretene Neonazi-Vereinigung unter Führung von Lars Käppler. Käppler erzielte als parteifreier Direktkandidat auf der Liste der NPD bei der Bundestagswahl im Wahlkreis Heilbronn 2,3 Prozent. (am)

„Fremdherrschaftlicher Wille“

Mannheim – Der Volksverhetzungsprozess gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel soll am 8. November vor der 6. großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim beginnen. Bis 16. Dezember sind acht Verhandlungstage terminiert. Zündel wird vorgeworfen, in einer Vielzahl von Fällen den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden geleugnet zu haben. Der 66-Jährige war Anfang März von Kanada an die Bundesrepublik ausgeliefert worden. Wie Zündels Gesinnungsgenosse Horst Mahler mitteilte, hat dessen Verteidigerin Sylvia Stolz in der vorigen Woche beantragt, das Verfahren einzustellen beziehungsweise bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Volksverhetzungsparagraphen auszusetzen. Jene Bestimmung des Strafgesetzbuches sei „nicht Bestandteil der Rechtsordnung des Deutschen Reiches, sondern Ausfluss des fremdherrschaftlichen Willens“, meint Zündels Anwältin in der Diktion ihres Mandanten. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de